

# Fachtagung des BDVI

1. September 2006

Festsaal im Konservatorium

Puschkinpromenade 13/14

03044 Cottbus

Festbeitrag von Norbert Glante MdEP:

## **Herausforderungen im EU-Erweiterungsprozess**

(unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses Polen-Deutschland)

Polnische Gäste:

### **Hauptamt für Geodäsie und Kartographie (GUGiK):**

1. Jerzy Albin - Präsident, Hauptgeodät des Landes,
2. Grażyna Skołbania - Beraterin des Präsidenten
3. Ewa Malanowicz - Direktorin des Büros für die Auslandsangelegenheiten beim GUGiK
4. Witold Radzio - Direktor des Referates Informationen aus dem Liegenschaftskataster
5. Marcin Leończyk - Vertreter des Referats für Geodäsie und für Raumbezugssysteme in der Abteilung für Geodäsie, Kartographie und für Geoinformationssysteme
6. Hubert Zagańczyk - Vertreter des Zentralen Dokumentationszentrums für Geodätische und Kartographische Unterlagen
7. Andrzej Mazur - Fahrer

### **Vertreter des Vermessungsdienstes der Woiwodschaft Lubuskie:**

1. Danuta Oreszko - Direktorin des Woiwodschaftszentrums für Geodätische und Kartographische Dokumentation in Zielona Góra
2. Stanisław Mazur - Direktor des Woiwodschaftsdienstes für Geodäsie und Ländliche Gebiete in Zielona Góra

**Innenministerium Brandenburg, Abtl. Herr Keseberg**

## Einleitung:

Auf den Tag genau - heute vor 67 Jahren - am 1. September 1939, überfiel Hitlerdeutschland Polen. In einer unheiligen Allianz mit der Sowjetunion Stalins sorgte Deutschland dafür, dass Polen als souveräner Staat von der Landkarte verschwand. Noch 61 Jahre und drei Generationen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist dies ein nationales Trauma in Polen.

Jeder Deutsche sollte dies bei der Kommentierung aktueller Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen im Bewusstsein haben.

Auch Deutschland hat ein nationales Trauma. Das Land war 40 Jahre lang geteilt – und ist nicht zuletzt auch Dank der Polen seit nunmehr 16 Jahren wieder vereinigt. Auch dies sollte uns immer bewusst sein.

Als es um die Aufnahme Polens in die EU ging, ist Deutschland seinerseits nachdrücklich für die Aufnahme Polens in die EU eingetreten und hat so seinen Beitrag für die Überwindung der Spaltung Europas in Ost und West geleistet. Von der vergleichsweise bewährten und erprobten Zusammenarbeit, wie sie zwischen Frankreich und Deutschland besteht, sind die Bundesrepublik und Polen aber bis heute weit entfernt.

Zurzeit gibt es eine ganze Reihe von Ereignissen und Streitpunkten im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland, auf die aufzuzählen ich verzichte, da wohl jeder hier weiß, worauf ich anspiele. Das sind vorübergehende Irritationen, die früher oder später vergessen sein werden. Es lohnt sich aber immer, den Blick nach vorn zu wenden, anstatt in der Vergangenheit stecken zu bleiben.

Was natürlich nicht heißen soll, dass man keine klare Vorstellung von der leidvollen Geschichte unserer beiden Völker hat. Aber über die Vergangenheit zu reden, lohnt sich nur, im Interesse einer besseren Zukunft für alle.

Die Verbesserung des Klimas zwischen Deutschland und Polen muss jeder Regierung ein wichtiges Anliegen sein. Seit dem Kniefall Willy Brandts in Warschau ist hier auch viel geschehen. Die Zeit ist nicht stehen geblieben. Und Polen hat sich auf den langen Weg von Ost nach West gemacht.

Vor allem seit dem Beitritt Polens zur EU 2004 gibt es eine Ebene der Kontakte zwischen Deutschen und Polen, wo eine freundliche andere Sprache gesprochen wird.

Im täglichen Grenzverkehr jenseits und diesseits der Oder treffen seit Jahren Deutsche und Polen aufeinander und leisten eine konstruktive und zukunftsweisende Arbeit.

Ein persönliches Beispiel:

Am 30. Juni dieses Jahres war ich zusammen mit Theresa Czerwinska, einer sehr charmanten Dame aus Polen, die sich seit Jahren sehr um deutsch-polnische Begegnungen im Grenzraum verdient gemacht hat, eingeladen, auf der deutsch-polnischen Seniorenkonferenz in Forst über Fragen der demografischen Entwicklung beiderseits der Oder zu referieren. Die Veranstaltung war ein gelungenes Treffen von Alten und Jungen aus Polen und aus Deutschland. Ein gelungener Versuch, länderübergreifend gemeinsame Probleme zu diskutieren.

Jenseits aller Vorurteile gibt es also auch Hoffnung auf weitere Verständigung zwischen Deutschen und Polen - auch wenn die Oder nach wie vor eine der härtesten Sprachgrenzen Europas ist.

Die EU-Erweiterung hat die Bedingungen dafür deutlich verbessert. Gute wirtschaftliche Beziehungen zwischen unseren Ländern liegen im unmittelbaren Interesse der Bevölkerung. Und hier gibt es allen Grund für Optimismus.

### **Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit**

Der Anteil des Außenhandels Polens mit Deutschland im Jahre 2004 betrug 28,9%.

Der Außenhandel Brandenburgs hat sich nach der EU-Erweiterung außerordentlich gut entwickelt:

Im ersten Jahr nach dem Beitritt sind die Kontakte von Brandenburger Firmen nach Polen um 10% gewachsen.

Der Außenhandel von Brandenburg nach Polen ist 2004 überproportional um 22,7% gewachsen. EU-Länder insgesamt 8,2%.

Polen liegt jetzt zusammen mit den USA an erster Stelle der Exportländer.

Jeder 10 Euro, den Brandenburger Firmen heute im Ausland verdienen, stammt aus dem Nachbarland Polen, das ist rund viermal so viel wie im deutschen Durchschnitt.

Die Wirtschaftsverflechtungen werden weiter wachsen. Allein im Bereich der EU-Umwelttrichtlinien besteht für Polen ein Investitionsbedarf von fast 50 Mrd. Euro.

Die Einfuhr aus Polen ist um 15% gewachsen, in die anderen EU-Länder hat Polen um 10,5% mehr investiert.

Bei der Einfuhr nach Brandenburg liegt der Anteil Polens mit 11% an zweiter Stelle, nach Russland mit 38,2%, aber weit vor dem drittplatzierten Frankreich mit 5,8%

## Polnische Firmenansiedlungen im IHK-Bezirk Frankfurt (Oder)

|      |    |
|------|----|
| 2004 | 48 |
| 2005 | 94 |

### Ein aktuelles Beispiel für die Grenzregion, ein Ausblick:

Die Länder Brandenburg und Sachsen sowie die angrenzenden polnischen Wojewodschaften Lubuskie, Wielkopolskie und Dolnoslaskie und die tschechischen Bezirke Liberec, Usti und Karlovy Vary sind dabei, im Rahmen des INTERREG-Projektes 3-CIP „Drei-Länder-Innovationsoffensive“ einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu entwickeln.

### **Strukturförderung**

In der Vergangenheit hat es sehr erfolgreiche Twinning-Projekte in Polen mit engagierter Unterstützung durch die Brandenburgische Landesregierung gegeben

Brandenburg hat damit einen Betrag geleistet, um unsere polnischen Nachbarn auf die EU und auch auf die neue EU-Förderperiode 2007-2013 vorzubereiten

### Neue Förderperiode 2007-2013:

14,3 Mrd. Euro für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt.

**Statt bisher 3,1 Mrd. Euro bekommt Brandenburg in der neuen 1,9 Mrd. Euro.**

(Ohne unbescheiden sein zu wollen drückt sich im Rückgang der Mittel für Brandenburg in gewisser Weise unsere Solidarität mit Polen aus. Für die anderen Bundesländer gilt dies natürlich auch.)

Polen erhält aus den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds in den Jahren 2007-2013 voraussichtlich 60 Mrd. Euro.

### Das Geld aus Brüssel wird von Polen zunehmend genutzt:

Bereits 5,5 Milliarden Zloty (1,4 Mrd. €) EU-Fördermittel haben polnische Selbstverwaltungen, Unternehmen und andere Organisationen seit dem EU-Beitritt im Mai 2004 erhalten.

### Schleppende Nutzung der Gelder in der zentralen Verwaltung:

Den größten Vorteil aus der EU-Förderung ziehen Unternehmen, Selbstverwaltungen und andere nichtstaatliche Organisationen. Weniger günstig sieht es jedoch in der staatlichen Verwaltung aus. In die Einrichtungen im Bereich des Transportministeriums sind z. B. bisher für Maßnahmen der Instandsetzung von Straßen und Bahnstrecken erst weniger als ein Prozent der von Brüssel dafür zur Verfügung gestellten 1,1 Mrd. Euro geflossen. Mehr als 90 Mio. Euro, die für IT-Maßnahmen wie elektronische Steuererklärung und ein neues Personen-Identifikationssystem vorgesehen sind, warten ungenutzt aufgrund von Verzögerungen im Finanz- bzw. Innenministerium.

Die Europäische Kommission und das Ministerium für Regionalentwicklung warnen vor einem Verlust von Millionen und Abermillionen von Fördergeldern, wenn die genannten Projekte des Straßen- und Eisenbahnbaus sowie der Informationstechnologie nicht termingerecht in Angriff genommen werden. Auch **Premier Kaczyński** stellte jüngst eine „**schwarze Liste**“ von Institutionen vor, die zeige, wer das Management der EU-Fördermittel ungenügend beherrsche.

## **Dienstleistungsrichtlinie:**

Sinn und Ziel ...

... daraus folgt in DE eine Diskussion über ..

## **Stichwort Mindestlohn:**

Luxemburg hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der EU und mit 1503 Euro den höchsten Mindestlohn und zugleich den größten Anteil der Arbeitnehmer, die Mindestlohn erhalten:18%.

## Zum Vergleich:

|                 | Mindestlohn | Arbeitnehmeranteil                                  |
|-----------------|-------------|---|
| Luxemburg       | 1503 Euro,  | 18,0% (aller Arbeitnehmer erhalten den Mindestlohn) |
| Polen:          | 234 Euro,   | 4,5%  |
| Großbritannien: | 1269 Euro,  | 1,4%  |

Keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt es in:

Österreich, Zypern, Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien und Schweden.

## **Besondere Dienstleistung „Vermessungswesen“:**

Das öffentliche Vermessungswesen hat in Deutschland eine besondere Stellung.

Die staatliche Vermessungsverwaltung arbeitet gesetzlich abgesichert traditionell gut mit den öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren zusammen. Ihre öffentliche Aufgabe und Zulassung ist ähnlich geregelt wie beim Notarberuf.

## Grundsätzlich gilt:

Jedem Staat steht es in eng begrenzten Fällen frei, bestimmte Tätigkeiten durch eigene Behörden ausführen zu lassen oder Unternehmen mit diesen zu beauftragen. Grundsätzlich sollten wirtschaftliche Tätigkeiten nach Möglichkeit staatsfrei gestaltet werden. Von vornherein bleibt also so nur ein sehr enger Bereich originär hoheitlicher Aufgaben.

## Deutsche Sicht der Dienstleistungsfreiheit und der eingeschränkten

### Arbeitnehmerfreizügigkeit:

Auf deutscher Seite werden als Vorteile der EU-Osterweiterung die Dynamik auf den Exportmärkten, die für Deutschland positiv ausfallende Bilanz im Handel mit Polen und die Impulse für deutsche Unternehmen in den neuen EU-Staaten gesehen. Von der EU-Erweiterung haben vor allem technologisch fortgeschrittene und kapitalintensive Branchen profitiert.

Andere Wirtschaftsbereiche, die durch hohe Arbeitskostenanteile und unterdurchschnittliche Qualifikationen gekennzeichnet seien, sind allerdings unter Anpassungsdruck auf dem Heimatmarkt geraten. Insbesondere die Unternehmen, die sich nicht rechtzeitig auf die Erweiterung eingestellt haben.

Aus deutscher Perspektive sind die politischen Übergangsmaßnahmen

- die max. 7 jährige Übergangszeit - ausreichend und angemessen.

Eine über das 2+3+2-Modell hinausgehende generelle Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit wäre eine Zumutung für die Beitrittskandidaten gewesen.

Auch sei die Liste der Einschränkungen angemessen. Sie umfasse zum einen eine beachtliche Anzahl an Gewerken, entspreche zum zweiten den Vorschlägen der Sozialpartner und enthalte zum dritten alle zum Zeitpunkt der Erstellung der Liste als sensibel eingestufte Branchen.

## Polnische Sicht der Dienstleistungsfreiheit und der eingeschränkten

### Arbeitnehmerfreizügigkeit:

Aus polnischer Perspektive haben sich die vor dem 1. Mai 2004 befürchteten negativen Szenarien nicht erfüllt. Die Situation auf den Arbeits- und Dienstleistungsmärkten in Polen und Deutschland wird als Beweis angeführt.

Es wird auf das ausgebliebene Phänomen des Sozialtourismus und die geringe Höhe der Arbeitnehmermigration hingewiesen. In Deutschland arbeiteten sogar weniger polnische Arbeitskräfte als deutsche in Polen, ausgenommen die Saisonarbeiter (Untersuchung der deutschen Botschaft in Polen).

Die meisten polnischen Arbeitskräfte sind darüber hinaus in den alten Bundesländern, nur wenige in den neuen tätig, wenngleich die Befürchtungen hier besonders groß waren.

### **Problem Arbeitsmarkt und Arbeitsmigration:**

Die EU-15-Staaten – mit Ausnahme Großbritanniens, Irlands und Schwedens – hatten sich dazu entschieden, ihre Türen für Arbeitnehmer aus acht der zehn neuen EU- Mitgliedsländern, welche 2004 der EU beitraten, geschlossen zu halten

(gilt nicht für Zypern und Malta).

Das so genannte „2+3+2“-System ermöglichte es den Mitgliedstaaten, in der Übergangszeit den Arbeitsmarkt zu stabilisieren.

Großbritannien, Irland und Schweden hatten ihre Arbeitsmärkte für Arbeitnehmer aus MOE bereits nach deren Beitritt im Mai 2004 geöffnet.

Finnland, Spanien, Portugal, Griechenland und jetzt auch Italien haben die Übergangsregelungen nach der ersten Zweijahresfrist am 1. Mai 2006 aufgehoben, wohingegen Frankreich beschlossen hat, diese in einer über mehrere Jahre verlaufenden Übergangsphase auslaufen zu lassen.

Alle übrigen EU-Länder müssen spätestens am 1. Mai 2011 ihre Arbeitsmärkte öffnen, wenn die maximale Übergangsphase bezüglich der Freizügigkeit für Arbeitnehmer ausläuft.

Die britische Zeitung **The Times** meldete am 22. August 2006:

*Großbritannien hat seit 2004 aus den EU- Beitrittsländern Osteuropas 427.000*

*Arbeitsuchende (davon 240.000 Polen) aufgenommen.*

*Geschätzt wurden offiziell ursprünglich 5.000 bis 13.000 Zuwanderer aus Osteuropa.*

Selbständige aus den Bereichen Elektriker, Klempner und aus dem Baugewerbe wurden bei den 427.000 Arbeitsmigranten noch gar nicht mitgezählt.

**Diese Zuwanderung hat in GB für ökonomisches Wachstum und zusätzliche Steuereinnahmen gesorgt. Die Einwanderung ist also ein Erfolg.**

Mit Blick auf die Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien wird allerdings vor weiteren Zuwanderern gewarnt.

Im Länderranking steht allerdings Deutschland an der Spitze.

Obwohl hier der Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den 10 EU-Beitrittsstaaten noch nicht liberalisiert wurde, hat mit 322.000 in Deutschland an Polen 2005 erteilten Arbeitsgenehmigungen die Bundesrepublik das größte Kontingent polnischer Arbeitsemigranten.

Auch wenn ca. 90 % der ins EU-Ausland vermittelten polnischen Arbeitskräfte nach Deutschland kommen, so sind dies jedoch zum größten Teil Saisonarbeiter. In der ersten Hälfte des Jahres 2005 hat ihr Anteil 91,62 % betragen.

### Polens Arbeitsmarkt:

Die Warschauer Regierung ist nicht an der Emigration polnischer Arbeitskräfte interessiert, da die polnische Wirtschaft angesichts eines Wirtschaftswachstums von 5% ihre qualifizierten Arbeitskräfte selbst braucht.

Polnischen Firmen fehlen inzwischen Fachkräfte, so dass sie Aufträge nicht ausführen können. Zwei Millionen Auswanderer gibt es seit dem EU-Beitritt.

Folge: Die Löhne in Polen steigen, um Arbeitskräfte zu binden.

Die Regierung holt ihrerseits vor allem ukrainische Arbeitskräfte ins Land.

Im Juli 2006 sind die Einkommen für Arbeitnehmer in Unternehmen mit mehr als neun Beschäftigten um 0,9 % gegenüber dem Juni und um 5,6 % gegenüber Juli 2005 gestiegen.

Im Juli 2006 betrug der Durchschnittsbruttolohn 2.648 PLN (672 €).

Viele im Ausland arbeitende Polen haben sich bei den Heimatbehörden abgemeldet, um zu vermeiden, dass ihr bereits z.B. in Großbritannien versteuertes Einkommen auch in Polen, wo zudem höhere Steuersätze gelten, steuerpflichtig ist.

Um die Einwanderung einzudämmen, hat die polnische Regierung jetzt die Doppelbesteuerung aufgehoben.

Die meisten Polen sind über die Tatsache verärgert, dass ein Teil der Bevölkerung ihr Land verlässt, um im Ausland zu arbeiten.

Andererseits sehen sie ein, dass junge Menschen die Möglichkeiten, eine gut bezahlte Arbeit zu finden, nutzen wollen.

Die größte Sorge der breiten Öffentlichkeit ist, dass Migration die Einheit der Familie zerstören könnte, sobald eine Person der Familie Polen verlässt,

um in einem anderen Land zu arbeiten und der Rest in Polen bleibt.

Es gibt ganze Städte und Dörfer, in denen die Kinder überwiegend von den Großeltern aufgezogen werden, weil die Mutter dem Vater oft ins Ausland folgt, wobei die Kinder zu Hause bleiben.

## **Arbeitslosigkeit**

### Die Arbeitslosenquote in Polen:

Seit 2004 ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken ist.

So hatte die Quote Ende 2003 bei 20 %, Ende 2004 bei 19 % und Ende 2005 bei 17,6 % gelegen. Die diesjährige Juni-Arbeitslosenquote liegt bei 16,0 %.

Es gibt aber zunehmend auch **deutsche Arbeitsemigranten**.

Beispiel Österreich:

über 40.000 Deutsche - überwiegend aus Ostdeutschland - arbeiteten vorwiegend im Bereich Gastronomie in Österreich.

## **Wie weiter mit der EU-Erweiterung?**

Bulgarien, Rumänien und Türkei – keine Ende absehbar?

Klare Bedingungen für weitere Mitglieder:

Vertiefung und Konsens über das Gesellschaftsmodell der EU.

Balkan – Lösung für den Kosovo, keine EU Truppen mehr!

Privilegierte Partnerschaften – Enge Kooperationen

Schluss:

**Fazit:** Insgesamt ist die Erweiterung – bei allen institutionellen Schwierigkeiten (z.B. nicht abgeschlossener Verfassungsprozess!) – für alle Beteiligten ein Erfolg.

Zum Beispiel haben ganze Bevölkerungsgruppen in Polen ihre Meinung über die Europäische Union grundlegend geändert

(vor allem die vor dem Beitritt sehr europaskeptischen polnischen Bauern sind nunmehr ein gutes Beispiel dafür, wie integrierend wirtschaftlich vorteilhafte Entwicklungen in Europa wirken).

Neben den wirtschaftlichen Erfolgen verlaufen zunehmend auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt positiv.

Der Prozess des Zusammenwachsens in Europa ist allerdings ein Prozess mit durchaus offenem Ergebnis.

Die Zukunft wird zeigen, ob es eine sich weiter auch politisch integrierende EU gibt oder ob Europa ökonomisch ein Riese bleibt und politisch ein Zwerg sein will, in einzelstaatliche Interessen aufgesplittert und als EU tendenziell nach außen handlungsunfähig.

Auch um diese Zukunftsfragen erfolgreich zu bewältigen braucht Europa eine gute Verfassung – möge diese nun Verfassungsvertrag oder Verfassung heißen oder eine andere Überschrift haben.